



Presseanfrage

Defensive Architektur: Stellungnahmen der Städte Ludwigshafen und Mannheim

Defensive Architektur folgt nicht nur einer [kriminalpräventiven](#) Logik, sondern als Anti-Obdachlosen-Architektur einer (bewusst) feindlichen Gestaltung des öffentlichen Raums, des ÖPNV oder von Bauwerken, um Aktivitäten, Aufenthalt und abweichendes Verhalten vornehmlich von jenen Menschen zu verhindern, die durch Marginalisierung bereits an den Rand der Gesellschaft gedrängt wurden. Besonders betroffen sind klassische Adressaten Sozialer Arbeit, wie Menschen ohne Obdach oder mit einer Suchterkrankung, die mit gültigen Normalitätsmodellen brechen. von Timo Heidl (05.08.2025)

Ende des Jahres 2021 begann ich mit einer [fotojournalistischen Dokumentation](#) defensiver Architektur, der ich nun eine institutionelle Perspektive gegenüberstellen möchte. Mit Presseanfragen möchte ich erfahren, ob und wie in den von mir bereisten Städten defensive Architektur im öffentlichen Raum oder an Bauwerken eingesetzt wird, welche Zielsetzungen dabei verfolgt werden und wie soziale Aspekte, insbesondere die Auswirkungen auf marginalisierte Gruppen, berücksichtigt werden. Welche Überlegungen gibt es, um inklusive und sozial verträgliche Alternativen zu defensiver Architektur zu prüfen oder umzusetzen? Wie werden die gesellschaftliche Beteiligung und der Diskurs zu diesem Thema gestaltet? Gibt es Studien, in wie fern defensive Architektur die städtischen Zielsetzungen erfüllt oder gar zu Verdrängungseffekten führt? Die Antworten werden originalgetreu (orthografisch korrigiert) ohne Bewertung festgehalten, um der Leserschaft eigene Interpretationen zu ermöglichen. Am 16.06.2025 stellte ich an die Städte Ludwigshafen und Mannheim eine Presseanfrage. Mein umfangreicher Fragenkatalog ist [hier](#) als PDF abrufbar und darf gerne frei verwendet werden. Beide Städte beantworten meinen Fragenkatalog im Gegensatz zur [Stadt Heidelberg](#) indes nicht, sondern verfassten eigene Stellungnahmen:

Antwort der Stadt Mannheim am 23.06.2025:

Die Stadtplanung sieht sich in einer Verantwortung gegenüber der gesamten Stadtgesellschaft. Dies betrifft alle Nutzergruppen aus allen sozialen Schichten unter Berücksichtigung von besonderen Ansprüchen aufgrund von Alter, Gesundheit, Religion, Freizeitverhalten oder sonstigen besonderen Bedürfnissen. Die Anspruchspalette ist breit und an vielen Punkten müssen Kompromisse gefunden werden.

Das Ziel ist, bei jeder Neu- und Umgestaltung der öffentlichen Räume oder öffentlichen Bauvorhaben, die Vielzahl an Nutzungsanforderungen im Blick zu behalten und zu ausgewogenen Entscheidungen zu kommen. So sind öffentliche Räume grundsätzlich barrierefrei zu gestalten, Sitzgelegenheiten zumindest barrierearm.

Eine defensive Planungsabsicht ist nicht Bestandteil der städtischen Überlegungen.

Hinsichtlich der Gestaltung der öffentlichen Räume sowie der ästhetischen Aspekte gibt es je nach Lage und Situation unterschiedliche Schwerpunkte.

Natürlich soll der öffentliche Raum einladend sein, aber mitunter muss er auch robust sein, um unterschiedlichen Nutzungsgruppen die Möglichkeit der Aneignung zu öffnen, und vor Schäden oder Vandalismus geschützt werden, siehe dazu auch folgende Informationsvorlage:

<https://buergerinfo.mannheim.de/buergerinfo/getfile.asp?id=8187376&type=do>

Letztendlich sind in schwierigen Zeiten die Möglichkeiten der Gestaltung von finanziellen Spielräumen abhängig. Dies kann mitunter begrenzender Faktor sein; mitunter eröffnen sich hier auch neue Wege.

Antwort der Stadt Ludwigshafen am 04.08.2025:

Im Rahmen des bereits beschlossenen Integrierten Stadtentwicklungskonzeptes (SEK) Mitte / Innenstadt ist die Einbeziehung sämtlicher Interessengruppen eine wichtige Voraussetzung für sämtliche geplanten Projekte. Dies gilt auch für das in Erstellung befindliche ISEK Rheingönheim, dass durch einen steten Beteiligungsprozess begleitet wird. Im Rahmen der Stadtplanung wird darauf geachtet, die vielfältigen Nutzungsbedürfnisse des öffentlichen Raums möglichst ausgewogen zu berücksichtigen. Dabei finden auch die Belange von Menschen ohne festen Wohnsitz in angemessener Weise Beachtung. Statt auf abschreckende oder restriktive Gestaltung zu setzen, wird ein integrativer und dialogorientierter Planungsansatz verfolgt. Im Mittelpunkt steht dabei die aktive und frühzeitige Beteiligung aller relevanten Inte-

ressensgruppen. Bereits während des Erarbeitungsprozesses wurden in allen Projektphasen die Bewohner*innen, Nutzer*innen und Schlüsselakteur*innen der Innenstadt, die Ludwigshafener Stadtverwaltung und die politischen Gremien intensiv beteiligt. Hierbei werden immer auch die entsprechenden Fachstellen aus dem Dezernat für Soziales und Integration eingebunden. Die Vielzahl unterschiedlicher Blickwinkel führen zu einem lebendigen Diskurs und einem fundierten Kenntnisstand über Potenziale und Herausforderungen und gewährleisten gleichzeitig, dass alle Interessen eingebracht werden können. Öffentliche Räume sollen Begegnung ermöglichen, nicht verhindern. Deshalb wird das Ziel verfolgt, Orte zu schaffen, die durch Offenheit, Aufenthaltsqualität und soziale Verantwortung und nicht durch Ausschlussmechanismen überzeugen. Es ist nicht auszuschließen, dass in der Vergangenheit die spezifischen Bedürfnisse von marginalisierten Gruppen in der Gestaltung des öffentlichen Raums nicht immer in dem Maße berücksichtigt wurden, wie es aus heutiger Sicht wünschenswert wäre. Eine stärkere Sensibilität für soziale Fragestellungen sowie neue Erkenntnisse in der sozialraumorientierten Planung führen zunehmend dazu, auch diese Perspektiven differenzierter in künftige Planungsprozesse einzubeziehen.